

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

15.2.1868 (No. 39)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 13. Februar.

N. 39.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petizelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 13. Februar d. J. allergnädigst bewogen gefunden,

Hochstihren seitigen Staatsminister der Justiz, Dr. Anton Stabel, das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen mit der goldenen Kette zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 4. Februar d. J. allergnädigst bewogen gefunden,

dem bisherigen königlich sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglichen Hofe, Wirklichen Geheimen Rath Kammerherrn Karl Gustav von Wose, das Großkreuz Allerhöchster Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 12. Februar d. J. allergnädigst bewogen gefunden,

dem bisherigen königlich italienischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglichen Hofe, Kommandeur Carlo Felice Giannotti, das Großkreuz Allerhöchster Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 13. d. M. wird dem in den Ruhestand versetzten Präsidenten des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, der Charakter als General der Infanterie und die Erlaubnis, die Uniform der aktiven Generale zu tragen, ertheilt.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 13. d. Mts. gnädigst bewogen gefunden,

den Staatsminister der Justiz, Dr. Stabel, und den Präsidenten des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, auf deren unterthänigstes Ansuchen, unter Bezeugung Allerhöchster befondere Anerkennung ihrer langjährigen, dem Staat geleisteten, ausgezeichneten und erfolgreichen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden,

unter dem 1. Februar d. J. die bisherigen Kammerjunkern Karl Freiherr Rüdiger von Collenberg-Bödingheim, Legationsrath Karl von Beck, Legationsrath Birmin von Mollenber zu Kammerherren zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramm.

Berlin, 14. Febr. Das Befinden des Grafen Bischoff hat sich gebessert; er folgt voraussichtlich demnächst einer Einladung des Grafen Stolberg nach Bernierode. Die Ausdehnung seines Urlaubs bis zum Anfang des Zollparlamentes ist wahrscheinlich.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 12. Febr. 29. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer der Landstände. (Schluß.)

Es werden hierauf Petitionsberichte erstattet.

Obergerichtsadvokat Dr. Bertheau berichtet über die Petition des vormaligen Notars Sutterlin in Randern. Die Petition enthält eine Beschwerde über die auf Grund einer dienstpolizeilichen Untersuchung im Jahr 1863 erfolgte Zurückweisung des Petenten mit einer Suspendation von 200 fl., welche im Jahr 1867 auf 300 fl. erhöht wurde. Eventuell wird um nachträgliche Auszahlung dieser Aufbesserung für die Jahre 1863 bis 1866 gebeten. Weiter beschuldigt der Petent den betreffenden Amtsvorstand der Verabfolgung der ihm obliegenden Fürsorge bei einigen Theilungsgeschäften und bittet um nachträgliche gesetzliche Vornahme dieser Geschäfte.

Da die Beurtheilung über die fernere Verwendbarkeit des Petenten allein dem Justizministerium zustand, ein besondrer Grund für die nachträgliche Auszahlung der Suspendationsaufbesserung nicht vorgebracht wurde und die Erste Kammer nicht berufen sein kann, sich in die Privatgeschäfte von Theilungen einzumischen, da endlich der Petent seine Beschwerden und Bitten sämmtlich schon dem Justizministerium vorgetragen hat, beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Faller berichtet hierauf über drei Eisenbahnbau-Petitionen.

1) Petition der Gemeinde Endingen um Erbauung einer Eisenbahn von Kiesel nach Schlettstadt-Kolmar. Mit Rücksicht auf den früheren Landtags-Beschluß, vor dem Ausbau der Hauptlinien der Eisenbahnen keine Zweig-

bahnen zu bauen, und auf den vor einigen Tagen genehmigten Gesekentwurf, die Erbauung einer Eisenbahn von Freiburg nach Breisach betreffend, beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

2) Petition der Gemeinde Mühlheim um Gestattung der Erbauung einer Eisenbahn von Mühlheim nach Mühlhausen aus Privatmitteln. Jetzt schon dieser Bitte zu entsprechen, hält die Kommission für bedenklich; dagegen beantragt sie in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Zweiten Kammer Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnismahme und einstigen Berücksichtigung.

3) Petition der Gemeinde Buchen, die Erbauung einer königl. bayrischen Eisenbahn Aschaffenburg-Miltenberg mit Anschluß an die badische Odenwaldbahn betreffend, worin um Einleitung der sachdienlichen Verhandlungen mit der königl. bayrischen Regierung gebeten wird. Die betreffende Petition ist erst in den letzten Stunden eingekommen und konnte daher nicht mehr eingehend geprüft werden. Da die Hauptaufgabe bezüglich dieser Bahn der bayrischen Regierung anheimfällt, beantragt die Kommission Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnismahme.

Die von Obergerichtsadvokat Bertheau und Faller gestellten Anträge werden ohne weitere Bemerkung genehmigt. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Karlsruhe, 13. Febr. 30. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Geh. Rath v. Wohl.

Von Seiten der Regierung sind anwesend: Staatsminister Jolly, Ministerialpräsident Ellstätter, die Ministerialräthe Muth und Eisenlohr, Oberst Götz und Kriegsrath Ceter.

Der Prääsident theilt mit, daß der feierliche Schluß des Landtags Samstag Vormittag den 15. l. M. stattfinden wird.

Sodann bringt derselbe Mittheilungen aus der Zweiten Kammer zur Kenntniss des Hauses. Artaria zeigt einen druckfertigen Bericht an, ebenso Denunig, welcher zugleich zur Kenntniss bringt, daß vom Präsidenten der Zweiten Kammer zwei Mittheilungen, Berichtigungen des Eisenbahn-Betriebs- und des Eisenbahn-Baubudgets entfallen, unmittelbar an die Budgetkommission gelangt sind und daß die betreffenden Mitglieder der letzteren bereit sind, hierüber sofort mündlichen Bericht zu erstatten.

Staatsminister Jolly gibt dem Hause die Ursache und die Richtung der Neubildung des Staatsministeriums bekannt. Durch den Tod des Staatsministers Mathy sei eine Lücke entstanden, die noch lange fühlbar bleiben werde. Es sei hier nicht der Ort zu einer Gedächtnisrede auf den Heimgegangenen, weshalb er sich darauf beschränke, von ihm mit den Worten des Dichters zu sagen:

Reimt Alles in Allem —
Er war ein Mann!

Die Lücke mußte ausgefüllt werden, daher die Neubildung des Staatsministeriums. Dasselbe werde auf den bisherigen Wegen nach den gleichen Zielen streben, wie das bisherige Staatsministerium. Es werde in der äußeren Politik ohne alles Wanken und mit fester Energie für die nationale Einigung Deutschlands wirken, und in der innern Politik den seit dem Jahr 1860 zur Geltung gekommenen Grundfätzen treu bleiben. Da diese Politik bisher die Unterstützung des hohen Hauses gefunden habe, so spreche er die Hoffnung und den Wunsch aus, daß dieser Politik auch ferner die Unterstützung dieses Hauses zu Theil werde.

Der Präsident erklärt, daß die Kammer diese Mittheilung mit dem höchsten Interesse aufgenommen habe.

Denunig berichtet sodann über die Berichtigung des außerordentlichen Budgets der Eisenbahn-Betriebsverwaltung. Nach den wirklichen Rechnungsergebnissen seien unter Tit. III an Kreditposten 44,465 fl. mehr aufrecht zu erhalten, als nach den bei Bearbeitung des Budgets angenommenen muthmaßlichen Rechnungsergebnissen. Die Gesamtsumme der unter diesem Titel aufrecht zu erhaltenden Kredite erhöhe sich hiernach auf 185,345 fl.

Die Kommission beantrage die Zustimmung zu dieser Abänderung.

Se. Groß. Hoheit Prinz Karl berichtet, daß aus dem gleichen Grund im Budget des Eisenbahn-Baues an Kreditposten unter Tit. II 1,049,614 fl., und somit 404,309 fl. mehr, als das Budget besage, aufrecht zu erhalten seien, und beantragt, auch dieser Abänderung zuzustimmen. Beide Anträge werden entsprechend den Beschlüssen der Zweiten Kammer genehmigt.

Es wird hierauf der von Artaria erstattete Bericht über das Budget der Eisenbahn-Schuldenentlastungskasse für 1868/69 in Berathung genommen und die Einnahme- und Ausgabebeiträge unter Berücksichtigung der in Folge der genehmigten Berichtigung sich ergebenden Aenderungen ebenso wie in der Zweiten Kammer genehmigt.

Sodann berichtet Faller über den Gesekentwurf, den Bau einer Eisenbahn von Mannheim über Schwetzingen nach Karlsruhe betreffend. Der Berichterstatter bedauert, daß der Gesekentwurf erst kurz vor

dem Schluß des Landtags eingebracht worden sei und deshalb in der Ersten Kammer nicht mit der der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Gründlichkeit habe behandelt werden können. In der Sache selbst findet er die Ablehnung des Baues auf Staatskosten und dessen Ueberlassung an eine Privatgesellschaft gerechtfertigt und hält das mit Rücksicht auf die Konkurrenz dieser Linie mit der Hauptbahn zwischen den Unternehmern und der Regierung abgeschlossene Uebereinkommen als den beiderseitigen Interessen entsprechend. Die Kommission sei jedoch der Ansicht, daß den Wünschen der in der Nähe der Bahnlinie liegenden Gemeinden eine zu weit gehende Rücksicht getragen sei und daß die für jetzt in Aussicht genommene Bahnlinie nothwendig eine Kürzung erfahren müsse. Im Uebrigen halte dieselbe die Gestattung des Konzeptionsgesuchs für gerechtfertigt und beantrage die Annahme des Entwurfs in der durch die Beschlüsse der Zweiten Kammer abgeänderten Fassung.

Ministerialrath Muth erläutert die späte Einbringung der Vorlage. Auf ein im November v. J. eingereichtes Konzeptionsgesuch habe die Regierung sogleich ihre Stellung zur Sache ausgesprochen. Erst Ende Januar d. J. sei sodann ein bestimmtes Konzeptionsgesuch eingereicht und zwei Tage darauf der Gesekentwurf der Zweiten Kammer vorgelegt worden; für die Einbringung desselben noch auf diesem Landtage habe man gewichtige Gründe gehabt, namentlich demjenigen, daß die Preise des hauptsächlichsten Baumaterials (Eisen und Schwellen) zur Zeit sehr nieder stehen. Die Zugrichtung anlangend, so sollte die Bahnlinie nach dem Vorschlag des Komitees fast alle Orte auf der bezüglichen Strecke berühren. Es sei indessen nicht nur auf die lokalen Interessen, sondern auch auf den Transitverkehr und die Konkurrenzverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Eine nähere Untersuchung der Verhältnisse werde eine Ausbühnung dieser widerstreitenden Interessen suchen müssen.

Zu Art. 2 bemerkt Staatsrath Weizel, daß er Das, was man gewöhnlich einen billigen Ausgleich nenne, zwischen den lokalen Interessen und dem Staatsinteresse nicht getroffen sehen wolle. Die Ausfälle der Hauptbahn müßten durch die Erträgnisse der Parallelbahn gedeckt werden, was nur möglich sei, wenn diese die kürzeste Linie erhalte, und daher namentlich, wenn sie durch eine Kurve in südlicher Richtung von Karlsruhe in die Hauptbahn einmünde. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit dieser Bahn mit linksrheinischen Bahnen sei ein so überwiegendes Interesse, daß ihm die Lokalinteressen unbedingt nachstehen müßten.

Ministerialrath Muth entgegnet, es könne nicht die Absicht sein, eine direkte Linie zu ziehen. Der lokale Verkehr sei bedeutender als der Durchgangsverkehr, und könne daher nicht außer Acht bleiben. Würde dies geschehen und würde später vielleicht eine noch kürzere linksrheinische Parallelbahn gebaut, so hätte man nicht nur der betreffenden Gegend keinen Dienst geleistet, sondern würde auch den Transitverkehr verlieren. Es bestehe die Absicht der thunlichsten Verkürzung der Linie jedoch nicht ohne einen Theil der bedeutenderen Orte zu berücksichtigen. Die Einmündung in Karlsruhe werde durch eine Kurve in südlicher Richtung der Stadt geschehen.

Staatsrath Weizel ist über den letzteren Punkt befriedigt; dagegen hält er daran fest, daß im Zweifelsfall das allgemeine Interesse dem Lokalinteresse vorgehen müsse. Die vorerwähnte in Aussicht genommene Linie zeige zu zahlreichen und zu große Kurven.

Der Regierungskommissär erwidert, daß diese Linie nur die vom Komitee vorgeschlagene sei, deren Prüfung sich die Regierung ausdrücklich vorbehalten habe. Der letztere könne es übrigens nur erwünscht sein, wenn sie in der Entscheidung des allgemeinen Interesses unterstützt werde.

Staatsrath Weizel, Faller, Denunig und Geh. Rath Kluntzsch machen noch kurze Bemerkungen. Ein Antrag auf Erklärung eines Wunsches zu Protokoll über die erörterte Frage wird mit Rücksicht auf den Inhalt des Kommissionsberichts nicht gestellt.

Zu den übrigen Artikeln wird nichts bemerkt und der Kommissionsantrag einstimmig angenommen. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 14. Febr. In der heute Abend 4 Uhr abgehaltenen 31. und letzten Sitzung der Ersten Kammer wurden der Voranschlag des umlaufenden Betriebsfonds des allgemeinen Staatshaushalts, das Budget der Steuerverwaltung und das Finanzgesetz für die Jahre 1868/69 in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer einstimmig genehmigt.

Karlsruhe, 13. Febr. 72. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Als Regierungskommissäre fungiren: Ministerialpräsident Ellstätter und Ministerialrath Eisenlohr.

Der Vorsitzende zeigt an, daß von einer Druckerei in Leipzig 20 Exemplare einer Broschüre zur Vertheilung unter die Mitglieder des Hauses eingeschickt worden seien.

Vom Abg. Kirchner wird hierauf Bericht erstattet über das Finanzgesetz. Darnach werden angefordert für 1868 an Lasten und Verwaltungskosten 4,888,242 fl. Eigenthlicher Staatsaufwand 13,884,623 fl., für 1869 Lasten und Verwal-

tungslofen 4,868,366 fl. Eigentlicher Staatsaufwand 14,269,696 fl. Das macht gegenüber der früheren Budgetperiode ein Mehraufwand für beide Jahre von 5,936,349 fl. Für außerordentliche Ausgaben wird für beide Jahre ein Kredit von 5,730,614 fl. in Anspruch genommen, welche Summe die der beiden Vorjahre um 2,216,808 fl. übersteigt.

Die Kommission spricht die Hoffnung aus, daß die zu übernehmenden Lasten nicht fruchtlos mögen getragen werden, sondern uns dem nationalen Ziele zuführen. Der Antrag geht auf Genehmigung ohne Abänderung.

Abg. Kossirt: Er hege, wie man vielfach wahrzunehmen Gelegenheit hatte, die Ueberzeugung daß es möglich gewesen wäre, die Wehrkraft des badischen Volkes auch ohne die Opfer, welche die Groß. Regierung hierzu für nöthig erachtete, zu erhöhen, und habe diese Ueberzeugung öfters durch Abstimmungen beurkundet. Die große Mehrheit dieses wie des andern Hauses sei anderer Ansicht gewesen als er. Sie habe, wenigstens im großen Ganzen, die Anschauungen der Groß. Regierung getheilt. Bindende Beschlüsse jener Mehrheit lägen nun als Thatsachen vor ihm. Sie führten, wie nicht zu beargen sei, zu dem Ergebnis, welches das vorliegende Finanzgesetz in sich fasse. Schon hierwegen scheine es ihm richtig, diesem Gesetz nicht entgegenzutreten. Zu dem gleichen Resultat führe ihn aber auch die Betrachtung, daß er, wenn er auch einen Theil der von der Mehrheit der Kammer verwilligten Summen verweigert haben würde, doch nicht zu einem Votum gelangen könnte, welches, erhalte es die Mehrheit, den Fortgang der Staatsverwaltung in Frage stellen müßte. Aus diesen Gründen werde er dem Finanzgesetz zustimmen.

Abg. Kayser erklärt, daß er dem Gesetz, soweit es nicht das Kriegsministerium betreffe, gern seine Zustimmung geben würde; über das bei Berathung des Kontingenzgesetzes abgegebene Votum könne er nicht hinaus, er werde daher gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Koll schließt sich dieser Anschauung an. Das Gesetz wird mit 49 Stimmen gegen die der Abgg. Kayser und Koll angenommen.

Schluß der Sitzung.
Karlruhe, 14. Febr. 73. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Regierungsbank unbefestigt.
Nach Eröffnung der Sitzung wählt die Kammer sechs Mitglieder für den ständischen Ausschuß; es erhalten die meisten Stimmen: die Abgg. Hildebrandt (47), Gehard und Kirchner (je 46), Lamey (45), Friedrich (40), und Kufel (27).

Durch das Loos werden als die zwei Mitglieder des Hauses, welche mit dem Bureau der Kammer bei der morgigen feierlichen Schließung des Landtags die Seine Königl. Hoheit den Großherzog empfangende Deputation bilden sollen, die Abgg. Conrad und Hebling bestimmt.

Der Vorsitzende verabschiedet sodann die Mitglieder der Kammer mit folgender Ansprache:

Hochgeehrte Herren! Wir sind am Schluß des Landtags angelangt, der weniger durch seine Dauer, als durch den Umfang und die Bedeutung seiner Arbeiten sich den wichtigsten seit dem Bestehen der Verfassung anschließt. Wenn wir die zweimalige Unterbrechung durch kurze Beurlaubungen der Kammer abrechnen, waren wir 4 Monate 21 Tage versammelt, und nur dem angestrengtesten Fleiß und, wie ich hier mit Dank und vollster Anerkennung ausspreche, der aufopferungsvollen Thätigkeit Ihrer Kommissionen und Berichterstatter konnte es gelingen, in dieser Zeit die Arbeiten zu bewältigen. Ein kurzer Blick auf diese wird Letzteres darthun. Außer den Rechnungsabweisungen wurden das Budget, welches mit Rücksicht auf gleich zu erwähnende Gesetze eine wesentliche Umgestaltung in seinem bisherigen Bestand erfuhr und deshalb eine vermehrte Thätigkeit in Anspruch nahm, ferner 24 Gesetze, 3 Motionen und sämtliche eingelaufene Petitionen erledigt.

Es würde zu weit führen, alles Einzelne hervorzuheben; ich erwähne nur des Wichtigeren. Von hervorragender Bedeutung sind die Gesetze über die Abänderung der Verfassung; hoffen wir, daß der kommende Landtag, nachdem endlich nach wiederholten Versuchen eine Vereinbarung der gesetzgebenden Faktoren über das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz erfolgt ist, durch das Zustandekommen eines Gesetzes über das Verfahren bei Ministeranfragen die Anwendbarkeit dieses Gesetzes ermöglicht, welches eine längst gefühlte Lücke der Verfassung auszufüllen bestimmt ist. Ich erwähne die Gesetze über Presse und Vereine, welche auf politischem Gebiet die freiherrliche Entwicklung unserer Zustände zu fördern geeignet sind. Möge ein richtiger und maßvoller Gebrauch dieser Gesetze das Gute herbeiführen, das wir Alle davon erwarten. Ich bezeichne das Gesetz über den Elementarunterricht, welches in bestimmter, aber zugleich maßvoller Weise die berechtigten Ansprüche des Staates auf dem überaus wichtigen Gebiet des Schulunterrichts regelt und zugleich die Stellung der Lehrer wesentlich verbessert. Ferner das Gesetz über die Anlage und Unterhaltung der Ortsstraßen, welches längst als ein Bedürfnis empfunden, den Ausgleich zwischen den Ansprüchen, welche an die Gesamtheit erhoben werden können, und den Anforderungen, die mit Recht an die zunächst Beteiligten zu machen sind, vermitteln wird. Ich hebe ferner hervor die Verträge mit Preußen und dem Norddeutschen Bund, so überaus wichtig für den Bestand unseres geliebten Vaterlandes, seine Entwicklung auf dem volkswirtschaftlichen Gebiet und seine künftige Stellung zu dem großen deutschen Vaterland.

Im Anschluß hieran erwähne ich endlich die Gesetze, welche einestheils die völlige Umgestaltung unserer Wehrverfassung und in Verbindung damit eine Aenderung unserer seit langen Jahren eingelebten und fast unberührt gebliebenen Feuer- und Artilleriegesetzgebung begründen. Wenn ich darauf hinweise, daß alles dieses im großen Ganzen in einträchtigem Zusammengehen mit der Groß. Regierung und auch mit der Ersten Kammer erzielt worden ist, so dürfen wir uns wohl das Zeugniß geben, in nicht minderm Maß in treuer und hingebender Pflicht-

erfüllung an der Lösung der Aufgaben gearbeitet zu haben, welche an unser theures Vaterland herangetreten sind. Nicht leicht war es für die Vertreter des Volkes, zuzustimmen, daß diesem bedeutend schwerere Lasten, als es bisher getragen, auferlegt würden; aber die Erkenntniß ihrer Nothwendigkeit, die Erhaltung unseres lieben Vaterlandes zu sichern und das Unserige dazu beizutragen, um das erhabene Ziel der nationalen Einigung des großen Gesamt Vaterlandes anzustreben, für das die Herzen der badischen Volksvertreter stets patriotisch warm geschlagen haben, dürfte uns nicht zaubern lassen, unsere Bemühungen mit denen der Regierung unseres erhabenen Landesfürsten zu vereinigen, der selbst an Opferwilligkeit ein leuchtendes Vorbild vor Andern ist. Ich glaube, wir dürfen das Vertrauen hegen, daß das badische Volk, von gleichem Verständnis für Das, was uns noth thut, erfüllt, willig bereit sein wird, das ihm Angekommene zu leisten; aber auch daß seine Leistungen in richtiger Werthschätzung derselben zum Wohl des Landes werden verwendet werden. Wir kehren mit dem Bewußtsein, eine schwere Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben, in unsere Heimath zurück. Möge, was wir gearbeitet, dazu beitragen, das Wohl unseres geliebten Vaterlandes zu fördern, was ja das Ziel all unserer Bestrebungen war und bleibt.

Ich kann nicht schließen, ohne Ihnen noch meinen innig gefühlten Dank auszusprechen; Sie haben durch Ihr freundliches und bereitwilliges Entgegenkommen das Amt, zu dem Sie mich berufen, wesentlich erleichtert. Gedenten Sie meiner freundlich, wie ich die Beweise Ihrer mir so freundlichen Gesinnung in dankbarem Andenken bewahren werde. Leben Sie wohl!

Abg. Lamey: Wir haben noch eine liebe Pflicht zu erfüllen, indem wir unsern hochverehrten Präsidenten unsern Dank aussprechen für die Umsicht, Unparteilichkeit und rastlose Thätigkeit, welche er bei Führung seines Amtes entwickelt hat. Als wir ihn wählten, wußten wir, was wir an ihm haben; wir wußten, daß wir einen bewährten Denker und Leiter wählen, und wir haben ihn auch auf diesem Landtag wieder als solchen befunden. Da er schon auf mehreren Landtagen die Geschäfte dieses Hauses leitete, will ich nichts mehr hinzufügen. Ich bitte Sie, als Zeichen des Dankes und der Anerkennung sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Die sämtlichen Abgeordneten erheben sich.
Präsident Hildebrandt: Ich danke Ihnen von ganzem Herzen.

Schluß der Sitzung.
Berichtigung. In der gestrigen Nummer, Seite 2, Spalte 1, Zeile 17 ff. soll es heißen: Die Kommission beantragt: Genehmigung der Erhöhung der Grund- und Häusersteuer von 19 auf 26 Kr. (statt 20 Kr.).

Deutschland.

Karlruhe, 14. Febr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 6 enthält eine Bekanntmachung des Groß. Finanzministeriums: Den Vollzug des Art. 24 des Münzvertrages vom 24. Jan. 1857 betreffend. Nachweisung der in der Groß. Münzstätte dahier seit dem Abschluß der Münzvereinbarung vom 25. Aug. 1837 bis zum Schluß des Jahres 1866, sodann der im Jahr 1867 stattgehabten Ausmünzungen für das Großherzogthum.

Stuttgart, 13. Febr. Sitzung der Zweiten Kammer vom 13. Febr.

Am Schluß der heutigen Morgen Sitzung theilte der Präsident Weber mit, daß bei der Lage der Geschäfte von heute an bis zum Schluß des Landtags am 20. d. Mts. täglich 2 Sitzungen gehalten werden müssen, was schon heute der Fall ist, wo die Abend Sitzung um 4 Uhr begann. Zuerst wurde heute auf Grund eines nachträglichen Berichtes der Justizgesetzgebungs-Kommission der Vorschlag über die Bildung der Schwurgerichte, welcher zu der angenommenen Strafprozess-Ordnung gehört, ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen, mit 82 Stimmen. Es hatten sich nämlich wie bei der Strafprozess-Ordnung Kommission und Justizministerium zuvor in Uebereinstimmung gesetzt.

Hierauf wurde zur Berathung des Kriegsersatzes übergegangen. Für das Kriegsministerium und Kanlei sind erregt: a) An Besoldungen und Entschädigungen jährlich 64,763 fl. 20 Kr., um 6406 fl. 40 Kr. mehr als in der vorigen Etatsperiode. Die Kommission trägt nur auf Verwilligung von 62,813 fl. 20 Kr. an. Angenommen. b) Kanleikosten jährlich 3200 fl. Verwilligt. Für das Armeekorps-Kommando sind erregt 10,851 fl. 30 Kr., was eine ganz neue Erregung ist. Die Mehrheit der Kommission, 8 gegen 7 Stimmen, trägt auf Verwilligung von 10,659 fl. 30 Kr. an, während die Minderheit Ablehnung beantragt. Nach längerer Debatte wird der Mehrheitsantrag mit 44 gegen 41 Stimmen angenommen und also 10,659 fl. 30 Kr. verwilligt. Für die Adjutantur des Königs wurden 14,073 fl. 20 Kr. verwilligt, für die Festung Ulm 53,964 fl. 21 Kr., wobei die Verhältnisse derselben zur Sprache kamen; vom Ministerisch erfolgte die Mittheilung, daß hierüber die Verhandlungen mit Bayern noch schweben, also noch nichts definitiv festgestellt sei, weshalb auch das Festungsreglement, dessen Verabschiedung Schott und Hölder verlangten, noch nicht zur Verabschiedung gebracht werden konnte. Diesen Abend wurden verwilligt: General-Quartiermeisterstab: taktische Abtheilung jährlich 24,911 fl. 30 Kr., Ingenieurkorps 16,126 fl. 20 Kr., Pionierkorps 37,678 fl. 35 Kr., nebst verschiedenen Naturalien bei allen diesen Positionen (Pferdationen, Brodationen, Holz), für die allgemeine Kriegsschule jährlich 20,139 fl., Ehren-Invalidentorps 12,801 fl. 43 Kr. (Postabgang).

München, 13. Febr. Minister Fürst Hohenlohe nahm die Wahl der Stadt Forchheim zum Abgeordneten für das Zollparlament an. Die Wahl von 18 Altramontanen, 8 zur Mittelpartei und 11 zur Fortschrittspartei gehörenden Abgeordneten steht fest.

Gotha, 11. Febr. (Münch. Kor.) Gestern hat der gemeinlichliche Landtag das Postulat der Regierung genehmigt, durch welches für Militärzwecke (Einrichtung der Kasernen, Lagarethe, Uniformirung, Artillerie u.) die Summe von 165,000 Thlr. gefordert wird. Heute ist der gemeinschaftliche Landtag wieder vertagt worden, nachdem er noch dafür sich ausgesprochen hatte, daß künftighin für die Schwurger-

richtsitzungen ein Richterkollegium von 3 Mitgliedern genüge.

Dresden, 13. Febr. Statt der von Oesterreich für die Verpflegung sächsischer Truppen geforderten 600,000 Thaler hat die Kammer nur 400,000 bewilligt.

Berlin, 13. Febr. Das Ministerium des Innern trifft Vorbereitungen zur Gründung eines Zentralvereins zum Schutze deutscher Auswanderer vermittelt durch Verweisung derselben an bestimmte, von dem Verein empfohlene Gesellschaften und Aeltern.

Berlin, 13. Febr. Abgeordnetenhause. Der Einnahmestat wird genehmigt mit Ablehnung aller Abänderungsanträge, ausgenommen den die Gestattung des Fortbestandes der Lotterien von Hannover und Osnabrück auf ein hiesiges Jahr betreffenden Antrag des Abg. Brauchisch, welcher angenommen wird. Im Lauf der Diskussion erklärt der Finanzminister, daß aus seinem Stillschweigen nicht gefolgert werden dürfe, er sei mit allen Beschlüssen der Vorberatung einverstanden; er schweige, um nicht frühere Erörterungen wieder hervorzurufen. Im weitem Verlauf der Sitzung wurden die Anträge der Abgg. Kunge und Kossch auf Herabsetzung der in der Vorberatung genehmigten Erhöhung der Gehalte der Ministerialdirektoren, bezw. der Staatsminister, abgelehnt und der in der Vorberatung gefaßte Beschluß, die Akte für den Fürsten von Sahn-Wittgenstein bis zur Vorlegung des Vertrags zu beanstanden, mit 179 gegen 175 Stimmen aufrecht erhalten.

Berlin, 13. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widerlegt heute wiederholt und auf das Bestimmteste die Angabe der „Berl. Börz. und Handels-Ztg.“ von der Beschwerde einer sächsischen Regierung über Preußens Stellung zu den dortigen Agitationen für die Wahlen zum Zollparlament, sowie von der angeblich hierauf erhaltenen Antwort des Grafen Bismarck. Weder mündlich noch schriftlich sei eine derartige Beschwerde hier eingegangen, also auch keine Antwort ertheilt worden; die betr. Nachrichten seien mithin vollständig erfunden. — Weiter schreibt das genannte Blatt:

Die verwerfliche Behandlung deutscher Auswanderer auf dem Hamburger Schiff „Reinhold“ ist in der Presse bereits zur Sprache gebracht worden. Das Kanklarat des Norddeutschen Bundes hat auf die erste Nachricht von diesem Vorfall sogleich die durch die Bundesverfassung gebotenen Schritte gethan, um diejenigen Maßregeln herbeizuführen, welche die Wiederkehr ähnlicher Vergehen zu verhindern geeignet sind. Die dazu erforderlichen Verhandlungen sind seit einer Woche im Gang.

Berlin, 13. Febr. (Köln. Ztg.) Die süddeutschen und belgischen Blättern telegraphirte Nachricht, daß Ministerium des Innern sei Hr. v. Jordanbeck angeboten worden, wird in unterrichteten Kreisen schon deswegen bezweifelt, weil Graf Bismarck seit dem Hofballe Hr. v. Jordanbeck nicht gesprochen, dieser auch an hoher Stelle nicht empfangen wurde. — Wegen der Stellvertretungs-Kosten haben Besprechungen zwischen dem Referenten Windthorst und dem Vertreter der Regierung statt gefunden. Die Angelegenheit schwebt noch. — Die „Spener. Ztg.“ schreibt, die preussische Regierung habe niemals die Luremburger Eisenbahn kaufen wollen, vielmehr sei von der Luremburger Eisenbahngesellschaft dem preussischen Handelsministerium nur die Betriebsverwaltung angeboten, von dem Minister jedoch abgelehnt worden, so lange der Vertrag zwischen der Luremburger Eisenbahn und der französischen Ostbahn bestehe.

Berlin, 13. Febr. Wie verlautet, sind von Seiten des Bundeskanzler-Amtes schon Schritte geschehen, um zunächst im Wege der Vereinbarung zwischen den Bundesregierungen Maßregeln einer wirksamen Dörzoge für die deutsche Auswanderung herbeizuführen. — Se. Maj. der König empfing heute Nachmittag den Grafen Bismarck. — In den politischen Kreisen befestigt sich mehr und mehr die Erwartung, daß von Seiten des Herrenhauses in Betreff des hannoverschen Provinzialfonds die Annahme des vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlusses erfolgen werde.

Das Zentralbureau des Zollvereins hat kürzlich eine Zusammenstellung der während des Jahres 1866 in den Seehäfen des Vereins angekommenen und abgegangenen Seeschiffe veranstaltet. Danach gingen in die preussischen Häfen ein 9937 Schiffe von zusammen 807,978 Last Tragkraft mit 66,516 Mann Besatzung. Von diesen Schiffen waren 6474 mit 556,285 Last Tragfähigkeit beladen; die übrigen kamen in Ballast. Es gingen aus 9922 Schiffe von 806,791 Last Tragfähigkeit mit 66,209 Mann Besatzung, und zwar 8598 von 680,816 Last Tragfähigkeit beladen, die übrigen in Ballast. In die Häfen Hannovers liefen im Jahr 1866 ein 5453 Seeschiffe, von denen 4020 mit einer Tragfähigkeit von 101,104 Last beladen waren. Es gingen aus 5274 Schiffe, darunter 2564 mit 56,303 Last Tragfähigkeit beladen. In die oberrheinischen Häfen gingen ein 1578 Schiffe, und zwar 1399 von 57,785 Last Tragfähigkeit beladen. Die Zahl der ausgegangenen Schiffe belief sich auf 1612, davon 898 von 38,725 Last Tragfähigkeit beladen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Febr. In der heutigen Plenarsitzung des Budgetausschusses der Delegation des Reichsraths wurde beschlossen, in den Bericht über das Budget des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten das Nachfolgende aufzunehmen: Oesterreich bedürfe zu seiner Konsolidirung und Erholung des Friedens. Das Rothbuch zeige, daß der gegenwärtige Leiter des auswärtigen Ministeriums dieses Bedürfnis anerkennt und dasselbe eben so umsichtig als würdig vertreten hat.

Der Kaiser hat dem vormaligen italienischen Residenten in Mexiko, Curtopassi, das Kommandeurekreuz des Leopold-Ordens verliehen.

Wien, 13. Febr. Eine Korrespondenz des „Dresden. Journ.“ sagt: Der interkonfessionelle Theil des Konkordats sei unmöglich geworden, die katholische Kirche müsse im konstitutionellen Oesterreich auf die Bevorzugung vor anderen

Konfessionen und auf Zwangsmittel in Akten des bürgerlichen Lebens verzichtet. Eine andere Korrespondenz desselben Blattes bemerkt über die Konfessionsfrage: Oesterreich habe in derselben die guten Dienste Frankreichs angerufen und Graf Sartiges sei bereits dem entsprechend instruiert worden. Diefelbe Korrespondenz rühmt ferner das Entgegenkommen Preussens in den Zollverhandlungen, und spricht die Erwartung aus, daß eine weitere Herabsetzung des Eisenzolls stattfinden werde.

Schweiz.

Vasel, 12. Febr. Der Führer der hannoverschen Emigration, Hauptmann v. Hartwig, hat nachstehendes Telegramm an den Grafen Platen in Wien gerichtet:

So eben Dreie erhalten, uns rasch nach Aube-Marne oder Haute-Marne zu begeben. Alles wird vorbereitet. Wir bitten um schleunigste Uebersendung von 100,000 Francs Wechseln. Näheres brieflich.

Hartwig.

Dies zur Erklärung, daß die schweizerischen Behörden das Treiben der Hannoveraner mit der Neutralität der Schweiz unverträglich fanden.

Italien.

Florenz, 8. Febr. (Schw. Art.) In der Kammer wurde das Budget des öffentlichen Unterrichts zu Ende verhandelt. Der Abgeordnete Civinini, unterstützt von Macchi und Cairoli, drang mit heftigen Worten auf Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts mit Schulverpflichtung. Dieser Antrag war schon in dem piemontesischen Parlament alljährlich gestellt, aber wie im italienischen (und französischen) stets durch falsche Freiheitsbegriffe bekämpft worden. Diesmal siegte die Menschenwürde und Intelligenz über die Abergläubigkeit, und der Minister des öffentlichen Unterrichts, Broglio, versprach einen betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen. Hoffentlich wird es nicht beim Versprechen bleiben, denn schon das fanatische Aufbrausen der kirchlichen Blätter gegen diese bloße Zusage und Inanspruchnahme sollte die Regierung belehren, daß sie in das Schwarze getreten. Die „Unita cattolica“ nennt den obligatorischen Unterricht ein Erzeugnis protestantischer Geisteshygiene, welches in Deutschland das Licht der Welt erblickt, von dem Häretiker Luther eingeweiht und von Friedrich dem Großen durch sein famoses Reglement vom Jahr 1763 in Preußen als Gesetz eingeführt worden sei. „Wir ziehen ein unwissendes Volk“, ruft das Blatt aus, „einem auf den vergifteten Weiden eures öffentlichen Unterrichts gezogenen hundertfach vor. Wenn in diesem die Bildung besteht, nennen wir die Barbarei ein Glück, und wenn eure Lehren Wahrheit sein sollen, so treten wir lieber auf Seite des Irrthums.“ Diese Sprache hat wenigstens den Vortheil, nicht mißverstanden zu werden.

Florenz, 12. Febr. General Ciabini ist hier angekommen. Graf Passerana ist zum Präfecten von Turin ernannt worden. — Der Bericht der Kommission über das Budget des Finanzministers verneht die von dem Minister vorgeschlagene Summe von 649,040,264 Franken auf 736,228,344 Fr., welche Differenz hauptsächlich den Ausgaben entflammt, die die Liquidation der Kirchengüter veranlassen. Die Kommission schlägt eine Vermehrung von 1,250,000 Fr. für die supplementäre Zirkulation von Schatzbons vor und schätzt den Werth der disponiblen Kirchengüter auf 1027 Mill.; sie beantragt ferner die Gründung eines Kreditinstituts für landwirthsch. Zwecke, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhend.

Florenz, 13. Febr. Die Vertreter Italiens und der Schweiz haben heute das Schlussprotokoll über die Grenzregulirung zwischen Veltlin und Graubünden unterzeichnet.

Florenz, 13. Febr. In einigen Gemeinden der Provinz Treviso sind wegen der Theuerung der Lebensmittel Unruhen ausgebrochen, welche aber schnell wieder gedämpft wurden, nachdem einige Verhaftungen stattgefunden.

Rom, 12. Febr. Das „Giorn. di Roma“ meldet: Der als Vertreter des Norddeutschen Bundes am heil. Stuhl beglaubigte Legationsrath v. Arnim wird gleichzeitig auch die spezielle Vertretung Preussens fortsetzen.

Frankreich.

Paris, 13. Febr. Die „Patrie“ widerlegt das Gerücht, daß die Fußjägerbataillone eingehen sollen. — Man meldet dem „Journ. de Paris“ aus Florenz das Gerücht, daß Hr. Gambra-Digny das Finanzportefeuille bald abgeben werde. — Dasselbe Blatt will wissen, daß die russische Regierung in wichtigen Finanzunterhandlungen, die sie an den Plätzen Amsterdam und London anknüpft, keinen Erfolg gehabt habe.

Die „France“ meldet, daß heute die erste Anwendung des neuen Militärgesetzes im Stadthause stattgefunden hat. Die Bürgermeister der 10 ersten Arrondissements nämlich haben angefangen, die Listen für die mobile Nationalgarde anzufertigen. — Das Kassationsgericht des Nikolaus Schumacher, der zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden war, ist abgewiesen worden. — Der „Epoque“ zufolge bestätigt sich das Gerücht durchaus nicht: daß der Theil des Preßgesetzes, welcher die Aufhebung der Drucker- und Buchhändler-Patente betrifft, zurückgezogen werden solle. Es wird versichert, der Staatsminister Rouher werde sich über diesen Gegenstand im Gesetzgeb. Körper sehr entschieden aussprechen. — Rente 68.87 1/2, Cred. mob. 208.75, Ital. Anl. 43.85.

Paris, 13. Febr. Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 13. Febr. (Preßgesetz.) Bei Beginn der Sitzung wurde der im Norddepartement neugewählte Deputirte, Hr. des Rotours, beedigt, nachdem seine Wahl ohne weitere Debatte als gültig anerkannt worden war. Die Kammer schritt hierauf zur Diskussion des Art. 14 des Preßgesetzes, der von der provisorischen Ausführung des Urtheils, vor erfolgtem Appell, handelt. Rioville vertrat ein Amendement der Linken, welches die

einfache Streichung des Artikels verlangt. Es sei die sofortige provisorische Unterdrückung eines Blattes ein ganz neues Rechtsverfahren, das, wenn eine Sache an das Obergericht und an den Kassationshof gebracht werde, eine Zeitung zu einer mehrmonatlichen Suspension verurtheilt könne, wenn auch in letzter Instanz ein freisprechendes Urtheil ergehe. Rogent St. Laurents gibt zu, daß das Verfahren neu sei, aber es sei zweckmäßig und sogar notwendig. Die Gerichte würden mit größter Schnelle verfahren. Ricard führt aus, daß die Bestimmung des Art. 14 dem gesammten französischen Rechtssystem zuwiderlaufe. Wenn das Gerichtsverfahren so schnell sei, so könne ja die Staatsbehörde um so mehr mit der Vollstreckung des Urtheils bis nach der definitiven Beendigung des Rechtsstreites warten. Es sei merkwürdig, daß, während die Regierung sich einen Zeitraum von 3 Jahren vorbehalte, um einen Preßprozeß einzuleiten, sie dem Verurtheilten nicht einmal drei Tage Frist bis zur Vollstreckung des Urtheils bewilligen wolle. (Positiv.)

Spanien.

Madrid, 12. Febr. Man beschäftigt sich im Finanzministerium sehr thätig mit der nahe bevorstehenden Errichtung der Hypothekbank. — Die Kammern haben von der neulichen ministeriellen Modifikation Meldung erhalten. — Man wird nächstens mit der Kanone „Padras“, die von einem spanischen Ingenieur und Mechaniker erfunden ist und von der man eine gewaltige Wirkung gewärtigt ist, Schießproben abhalten. — Die Versammlung der Aktionäre der Gesellschaft für die Kanalisation des Ebro wird am 21. d. M. stattfinden.

Belgien.

Brüssel, 13. Febr. Die Zeitungen melden und bestätigen, daß in den Kohlenwärdern von Marcinette und Gilby bei Charleroy Arbeitsverhältnissen und schwere Unordnungen stattgefunden haben. Es sollen Mehrere der Unruhestifter verhaftet worden sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Febr. Die „Berling. Jtg.“ erklärt die von den Londoner „Morn. Post“ gemeldete Nachricht, England habe gegen den Verkauf von St. Thomas Einspruch erhoben, für völlig unbegründet. Ebenso entbehre die von derselben Zeitung aufgestellte Behauptung, Frankreich werde, falls Dänemark sich auch zum Verkauf von St. Croix entschliesse, hiergegen gemeinschaftlich mit England remonstriren, aller und jeder thatsächlichen Unterlage.

Kopenhagen, 12. Febr. Der hiesige preussische Gesandte überreichte dem König heute seine Akkreditive, durch welche derselbe gleichzeitig als Gesandter des Norddeutschen Bundes beglaubigt wird.

Großbritannien.

London, 11. Febr. Eine Deputation von dahier ansehnlichen Irländern überreichte dem Minister des Innern eine Adresse mit 32,603 Unterschriften, worin dieselben ihre Loyalität versichern. Der Minister motivirte die Entgegennahme der an die Königin gerichteten Adresse durch besondere Umstände, anerkannte die in der Adresse liegende moralische Unterstützung für die Regierung, und sicherte die Ueberreichung zu.

London, 12. Febr. Lord Stanley und Graf Bernstorff sind nach Osborne abgereist, da die Königin ihren Aufenthalt selbst verlängert hat. Voraussichtlich wird Graf Bernstorff seine Beglaubigungsschreiben als Gesandter des Norddeutschen Bundes überreichen.

London, 13. Febr. Das Parlament ward heute wieder eröffnet. Es war nur schwach besucht. Leffebre erklärte, er würde am Dienstag eine Interpellation wegen der miltungenen Alabama-Verhandlungen einbringen. Disraeli brachte eine Bill ein, welche die Errichtung eines neuen Gerichtshofes von drei Mitgliedern mit 2000 Pfd. Gehalt jährlich zur Untersuchung von Bestechungsfällen und streitigen Wahlen vorschlägt. Es erhob sich eine lebhafte Opposition gegen diese Bill.

Amerika.

London, 12. Febr. Aus Washington meldet der Korrespondent des „Standard“ (keine sehr zuverlässige Quelle) vom 31. Jan. in angeblich offiziell begründeter Weise, daß Johnson beschloffen habe, ein Ultimatum an England zu senden, um die Führung der Alabama-Verhandlungen auf der Basis des von Seward vorgeschlagenen Schiedsgerichtes zu erlangen, andernfalls aber den Abbruch der diplomatischen Beziehungen anzudrohen.

New-York, 2. Febr. Berichte aus Peru vom 12. Jan. bestätigen die Niederlage Prado's, welcher sich nach Chili zurückzog. Das Land befindet sich in den Händen der Revolutionäre. In Lima und Callao herrscht eine große Aufregung.

Baden.

Pforzheim, 13. Febr. Die gestrige Nacht in Brötzingen ausgebrochene Feuersbrunst war leider von sehr beklagenswerthen Folgen. Begünstigt durch den herrschenden Westwind griff nämlich das verheerende Element sehr rasch um sich und verzehrte, obgleich Hilfe von allen Seiten herbeigeeilt und nicht weniger als 34 Feuerspritzen auf dem Plage waren, im Ganzen 54 Gebäulichkeiten; darunter 19 Wohnhäuser, 22 Scheuern und 13 Remisen. 33 Familien wurden durch das Brandunglück obdachlos. Ueber die Entstehung desselben weiß man nichts Weiteres, als daß es in einer Remise ausgebrochen sein soll. Menschenleben sind zum Glück nicht zum Opfer gefallen; doch soll ein Feuertochtmann das Bein gebrochen haben.

Pforzheim, 13. Febr. Nach der amtlichen Zusammenstellung der Volkszählungsergebnisse beträgt die Bevölkerung unserer Stadt 16,397 Seelen gegen 16,320 des Jahres 1864; es ist somit eine Vermehrung von 77 Köpfen eingetreten. Zu dieser Vermehrung wäre eigentlich aber auch zum großen Theil die beträchtliche Bevölkerungszunahme des benachbarten Dorfes Brötzingen zu rechnen, dessen Bevölkerung seit 1864 von 2604 auf 2897 Seelen gestiegen ist und sich also um 293 Seelen vermehrt hat. Denn nicht nur wohnen viele fremde Arbeiterfamilien, die in hiesiger Stadt sich ihre Subsistenzmittel holen, in dem genannten Orte, sondern es ist auch der neue westliche

Stadtheil bei dem Bendler'schen Eisenwerke auf Brötzingen Gemarkung, die unmittelbar an die hiesigen Ortsteile angrenzt.

Offenburg, 11. Febr. (Oberh. Kur.) Was die Thätigkeit des hiesigen Gerichtshofes im abgelaufenen Jahr betrifft, so ist das Resultat folgendes:

1) Bürgerliche Rechtspflege: a) Appellationsinstanz: Berufungen wurden ausgeführt, und zwar gegen Urtheile der Amtsgerichte 20 vom Jahr 1866 übergegangen und 91 neu anhängig, gegen Urtheile der Kreisgerichte Offenburg und Baden 13 vom Jahr 1866 übergegangen und 80 neu anhängig. Von diesen Berufungen wurden erlegt: 128 durch Urtheil, 47 in anderer Weise, und übergegangen als unerledigt sind 29. Rechtspolizei-Sachen waren anhängig 16, wovon 11 durch Erkenntnis erledigt wurden und 5 als unerledigt übergegangen sind. b) Zivilkammer: In dieser waren Rechtsstreite anhängig 415 und zwar vom Jahr 1866 übergegangen 79 und neu 336 einschließlich der Ehestreitigkeiten. Von diesen wurden erlegt durch Urtheil 208, in anderer Weise 139, und als unerledigt gingen über 68. Wiederherstellungsfällen kamen 2 vor.

2) Strafrechtspflege, und zwar: a) Raths- und Anklagammer: Bei dieser waren 215 Anträge der Staatsanwälte anhängig, 211 wurden erlegt und 4 gingen als unerledigt über. Beschwerdebefürungen waren anhängig 37, wovon 35 erlegt wurden und 2 übergegangen sind. b) Schwurgerichte: Anhängig waren 14 und wurden sämmtliche erlegt. c) Strafkammer: Anhängig waren 123, hiervon wurden erlegt durch Urtheil 121 und in anderer Weise 2. d) Rekurskammer: 49 waren anhängig, 38 wurden durch Urtheil und 5 in anderer Weise erlegt und 6 sind als unerledigt übergegangen. e) Untersuchungsrichter: 8 Fälle anhängig und auch erlegt. Wiederaufnahmen des Verfahrens kamen 1 vor.

Das Sportelergebnis bei hiesigem Gerichtshof im Jahr 1867 ist folgendes: In bürgerlichen Rechtsfällen und zwar erster Instanz 4898 fl. 17 fr., zweiter Instanz 3267 fl. 29 fr. Hiervon wurden in Armenisachen vorgemerkt 254 fl. 17 fr., in Rechtspolizeisachen 34 fl. 36 fr., in Strafsachen 3742 fl. 41 fr., zusammen also 12,197 fl. 20 fr.

Vermischte Nachrichten.

Frankfurt, 13. Febr. Das fünfte Verzeichnis der beim hiesigen Komitee eingegangenen Gaben für die Nothleidenden in D. S. Preußen weist die Summe von 1302 fl. 39 fr. nach. Zugüglich der Beträge der bereits früher veröffentlichten Verzeichnisse sind bis heute 18,997 fl. 51 fr. eingegangen.

Wien, 12. Febr. In Troppau ist vorgestern ein Priefer, angeklagt des Vergehens der Aufwiegelung, des Vergehens der Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen das Abgeordnetenhaus durch Schmähungen, Verbreitung unwahrer Angaben und Entstellung von Thatsachen, endlich des Vergehens, die k. l. Staatsbehörden und die Anordnungen der Behörden durch Verpöschung herabwürdigend zu haben, zu einem Monat Gefängnißstrafe gerichtlich verurtheilt worden.

In Oesterreich ist dieser Tage — in Folge des neuen Staatsgrundgesetzes — zum ersten Mal ein Jude (Dr. Fischer zu Gaya in Mähren) als Richter angestellt worden. Auf Antrage des böhmischen Oberlandesgerichts erklärte der Justizminister Dr. Herbst, „daß die Beerdigung des neu ernannten Auskultanten Hr. Dr. Fischer in derselben Weise stattzufinden habe, wie die jedes andern Staatsbeamten.“

Paris, 13. Febr. Vergangene Nacht brach in der großen Buchdruckerei und Buchhandlung des Abbé Migne eine heftige Feuersbrunst aus, welche in kurzer Zeit die sämmtlichen Gebäulichkeiten, mit Ausnahme der Privatwohnung und der Bibliothek des Eigentümers, in Asche legte. Abbé Migne betreibt seit Jahren schon den ausgebreitetsten Handel mit kirchlichen und theologischen Werken und beschäftigt über 200 Arbeiter. Der Werth des zerstörten Eigenthums beläuft sich auf 6 bis 7 Mill. Fr.; man schätzt die zu Grunde gegangenen stereotypirten Platten, die man seit 30 Jahren gesammelt hatte, allein auf 1 Mill. Auch sehr werthvolle ältere Ausgaben von Kirchenvätern u. wurden eine Beute der Flammen. Alles war um einen hohen Betrag bei einer großen Anzahl von Gesellschaften versichert.

w. Mannheim, 13. Febr. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Zollpfd. 17 fl. 20 G., 17 fl. 30 P., ungarischer 17 fl. 45 G., 18 fl. 15 P., auf Lieferung pr. März — fl. — G., 18 fl. — P. — Roggen, eff. 14 fl. 40 G., 14 fl. 50 P., auf Lieferung pr. März — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend 11 fl. 30 G., 11 fl. 45 P., ungarische 11 fl. 40 G., 12 fl. — P., württembergische 11 fl. 40 G., 11 fl. 45 P., fränkische — fl. — G., — fl. — P. — Hafer, eff. 100 Zollpfd. 5 fl. — G., 5 fl. 10 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. — fl. — G., 17 fl. 30 P. — Delfamen, deutscher Kolbtreß — fl. — G., 17 fl. 15 P., ungarischer — fl. — G., 17 fl. 15 P. — Bohnen — fl. — G., 14 fl. — P. — Linen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., 12 fl. — P. — Weizen — fl. — G., 10 fl. — P. — Kleefamen, deutscher I. 25 fl. 15 G., 26 fl. — P. — Del: (mit Faß) 100 Zollpfd. Leinöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 22 fl. 30 P., sahwaise — fl. — G., 22 fl. 45 P. — Rüböl, eff. Inland sahwaise — fl. — G., 21 fl. 45 P., in Partien — fl. — G., 21 fl. 30 P. — Weizenmehl, 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 15 fl. 20 P., Nr. 1 — fl. — G., 14 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — G., 13 fl. 15 P., Nr. 3 — fl. — G., 11 fl. 15 P., Nr. 4 — fl. — G., 9 fl. 15 P. — Roggenmehl, französisches, Vortschuß, — fl. — G., — fl. — P. — Brauntwein, eff. (500 n. Z.) transit (150 Litres) — fl. — G., 26 fl. — P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität — fl. — G., 11 fl. 30 P. — Rohöl, per 100 Zollpfd. — fl. — G., — fl. — P.

Weizen und Roggen behauptet; Gerste und Hafer fest; Leinöl, Rüböl und Petroleum stille; Weizen fest.

Frankfurt, 14. Febr., 2 Uhr 44 Min. Nachmittags. Fest. Deferr. Kreditaktien 189 1/4, Staatsbahn-Aktien 257 1/4, National —, Steuerfreie 50 1/4, 1860r Loose 70 1/4, Deferr. Baluta 101 1/4, 4 Proz. bad. Loose 98 1/4, Amerikaner 75 1/4, Gold 14 1/4.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 16. Febr. 1. Quart. 25. Abonnementsvorstellung. **Der Verschwendter;** Zaubermärchen in 3 Akten, von Kaimund; Musik von Kreutzer. Anfang 6 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr.

3.5.714. Straßburg. Verwandten und Freunden theilen wir hiemit die schmerzliche Nachricht von dem nach nur 24stündiger Krankheit erfolgten Ableben unseres lieben Ehemannes

A d o l f
mit; er starb wenige Tage vor erreichtem 4. Lebensjahre heute Nacht 2 Uhr.
Wir bitten um stille Theilnahme.
Straßburg, den 13. Februar 1868.
Die tiefbetrübten Eltern:
Philipp Herrmann,
Großh. bad. Bevollmächtigter bei der franz. Ostbahn,
Adolphine Herrmann,
geb. Grebner.

3.5.682. Ludwigsalme Rappena.
Bekanntmachung.
Da uns schon mehrfach Klagen über Vermischung des Viehfalzes mit denaturirtem Steinsalze zugekommen sind, so machen wir unsere Abnehmer darauf aufmerksam, daß unser Viehfalz nur aus reinem mit **Nöthel** denaturirtem Kochsalze besteht, und nur in plombirten Säcken abgegeben wird. Wir erlauben deshalb unsere Abnehmer, darauf zu achten, daß sie plombirte Säcke erhalten, indem wir nur für solche weisse verschlossene Salz Garantie leisten.
Ludwigsalme Rappena, den 12. Februar 1868.
Großh. Salineverwaltung.
A. Fischer.

3.5.699. Nr. 1027. Darmstadt.
Main-Neckar-Eisenbahn.
Für den Transport von Steintohlen und Kokes von den Kohlenfeldern der Ruhr: Haspe, Witten, Aachen, Bary, Dortmund, Dortmundfeld, Herde, Aplerbeck, Holzwickede, Warten, Langendreer, Bochum, Steele, Dahlhausen, Essen, Mülheim, Ueberruhr, Kupferdreh, Nierenhof, Herne, Pluto, Gelsenkirchen, Berge-Borbeck, Ruhrort, Oberhausen, Wattenscheid und Heßeln nach den hiesigen Stationen bis und mit Heidelberg kommen die bisher nur für Transporte in Erziehung gütigen ermäßigten Frachten (Pfeuertarif) schon bei Aufgabe einzelner Wagenladungen von 200 Ztr. in Anwendung und tritt die Bestimmung bezüglich der Aufgabe eines Minimalquantums von 300 Ztr. außer Kraft.
Darmstadt, den 12. Februar 1868.
Direktion der Main-Neckar-Eisenbahn.

3.5.703. Im Verlage von **Dunker & Humblot** in Leipzig ist erschienen, und kann durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung** in Karlsruhe bezogen werden:
Geschichte der Jahre 1860-1867.
Von **Eduard Arnd.**
1. Band.
Groß 8. Preis eleg. brosch. 1 fl. 48 kr.
(Band II. Erscheint Oftern 1868.)
Es ist dies das erste Werk, welches die denkwürdigen Ereignisse der neuesten Zeit in ihrem weltgeschichtlichen Zusammenhang behandelt und wodurch ein in jeder Hinsicht erschöpfendes Hilfsmittel für das Studium und eine gründliche Kenntniss der Weltgeschichte seit 1860 geboten wird. Ohne Beeinträchtigung der Unabhängigkeit seines Inhalts schließt sich Arnd's Geschichte der Jahre 1860-1867 gleichfalls Arnd's Geschichte der neuesten Zeit und Becker's Weltgeschichte (beide Werke gingen bis 1860) als Fortsetzung an. Die Bedeutsame wäre somit von allen Weltgeschichten die einzige bis auf die unmittelbare Gegenwart fortgeführte.

3.5.711. Karlsruhe.
Museum.
Cosümirtes Kränzchen Dienstag den 18. Februar. Anfang 7 Uhr.
Der Vorstand.

3.5.706. Karlsruhe.
Aufforderung.
Herr Vikar **Reich**, früher in Neuburg bei Graben, wird hierdurch aufgefordert, uns seine jetzige Adresse zu lassen.
Karlsruhe, den 14. Februar 1868.

3.5.691. Bruchsal.
Einladung.
Herr Dompräbiter **Schweizer** von Freiburg wird Montag den 17. d. M., Morgens 10 Uhr, meine in die Pfarrkirche von Dos gefertigte Orgel prüfen.
Musikfreunde ladet hiezu ergebenst ein:
A. Hübler, Orgelbauer von Bruchsal.

Bahnarzt Koch von Straßburg wird sich künftig jeden Monat einige in Baden aufhalten, und zwar zum ersten Mal Mittwoch den 19. bis incl. Sonntag den 23. d. Mts. zu sprechen sein. Wohnung bei Hrn. Buchbinder **Schmitt**, Langstraße Nr. 101, zweiter Stod.
3.5.687.

3.5.708. Karlsruhe.
Stellengefuch.
Für einen jungen Mann von 16 Jahren, der die ersten Klassen des Gymnasiums besucht hat, wird in Bälde eine Lehrerstelle in einem auswärtigen Handelshaus gesucht.
Offerten durch die **A. Gekner'sche** Buchhandlung in Karlsruhe.

Commisgefuch.
3.5.497. Für ein Tuch- und Kurzwaaren-Geschäft wird ein junger Mann zum sofortigen Eintritt zu engagiren gesucht.
Franco-Offerten unter A. G. nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

3.5.488.
National-Anzeiger LESSING, SCHILLER, GÖTHE
40 Lief. a 8 Sgr. mit FRÄMME.
Vorräthig
in **A. Bielefeld's Hofbuchhandlung** in Karlsruhe und Offenburg.

3.5.331.
Mannheimer Frühjahrs-Haupt-Pferde- und Rindvieh-Märkte im Jahr 1868.

Der diesjährige Frühjahrs-Haupt-Pferde- und Rindvieh-Markt wird am 23. und 24. März dahier abgehalten.
Am 23. März, Nachmittags, findet eine Prämierung vorzüglich, zum Verkauf auf den Markt gebrachter Pferde statt, und sind für 16 Prämien, die sich auf 25 Pferde verteilen, 1425 fl. bestimmt.
Der diesjährige Mai-Pferde-, Farren- und Rindvieh-Markt findet am 4. und 5. Mai 1868 dahier statt und ist ebenfalls mit einer Prämierung ausgezeichnet zu Markte gebrachten Farren, Kühen und Rindern, sowie mit landwirtschaftlichen Fellen, Rennen u. verbunden.
Zu billiger und guter Unterbringung der zum Verkauf bestimmten Thiere befinden sich auf dem vor dem Heibelberger-Thore gelegenen Viehmarkt-Platz zweckmäßige Stallungen mit genügendem Raum.
Die Lieferung der nöthigen Fournage wird an solide Unternehmer zu festgesetzten Preisen vergeben.
Anmeldungen der Herren Pferdehändler wegen Stallungen u. können jetzt schon bei dem mitunterzeichneten Komitee gemacht werden, welches auch jede sonst gewünschte Auskunft über die Märkte zu geben bereit ist.
Auf beiden Märkten finden unter amtlicher Kontrolle große Verlosungen statt, wozu 55,000 Loose à 1 fl. ausgegeben werden. Jedes Loos berechtigt zur Theilnahme an beiden Verlosungen, so daß in günstigen Fällen ein solches zweimal gewinnen kann. Von dem ganzen Ertrag der abgetheilten Loose, abzüglich der auf die Verlosungen Bezug habenden Kosten, werden $\frac{1}{2}$ mit ungefähr 38,000 fl. zum Ankauf der Gewinnte für die erste Verlosung von Pferden, Wagen, Reit- und Jagdgeräthen, Waffen, Gold- und Silberpreisen u. d. m., welche am 24. März stattfinden, verwendet; — der Rest, $\frac{1}{2}$ mit ca. 9500 fl., verbleibt zum Ankauf der Gewinnte für die auf den 5. Mai festgesetzte zweite Verlosung von Farren, Kühen, Rindern, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthen u. d. m.
Ueberrnehmer einer größeren Anzahl von Loosen wollen sich an den Kassier des Komitees, Herrn **W. Darnstädter** dahier, wenden, welcher solche jedoch nur in Posten von 110 Loosen gegen Baare Entrichtung von 100 fl. abgibt.
Alles Nähere besagen die ausgegebenen Programme.
Die verehrlichen Käufer und Verkäufer werden zum Besuche der Märkte freundlich eingeladen, mit dem Anfügen, daß der regelmäßige Pferdemarkt an dem ersten Dienstag im April für dieses Jahr ausfällt.
Mannheim, im Januar 1868.
Der Gemeinderath.
Landwirthschaftlicher Bezirks-Verein.
Pferdemarkt-Komitee.
H. Schrader, Vorsitzender. P. G. Mann, Schriftführer.

Dietenmühle bei Wiesbaden.

Wasserkraft, Heilgymnastik, Electricität, römische, russische und Kiefernadelbäder. Pneumatische Apparate. Zimmer: October, November, März, April 33%, Dezember, Januar, Februar 50% Rabatt.
Conf. Arzt **Dr. A. Genth.**

Die von vielen medicinischen Autoritäten anerkannte und durch glänzende Zeugnisse bewährte

3.5.164. **Bruchsalbe für Unterleibs-Bruchleidende**
von **Gottl. Sturzengger** in Verisa, Kanton Appenzel (Schweiz), ist fortwährend frisch und echt sowohl von demselben zu beziehen, als auch durch Hrn. **Conradin Haugel**, großherzogl. Hoflieferant in Karlsruhe, und Hrn. **Apoth. J. B. Lindt** in Frankfurt a. M., Schürmurgasse 58. Preis pr. Loth 3 fl. enthält keine schädlichen Stoffe, Gelung, ohne Entzündung, in weitaus den meisten Fällen sicher. Gebrauchs- anweisung u. Zeugnisse zur vorherigen Uebersetzung auf Verlangen gratis. Reichhaltiges Lager in **Bruchbädern**.

3.5.707. Karlsruhe.
Offene Kommissstelle.
In mein Kolonial-, Material- und Farbwaaren-Detail-Geschäft suche ich einen angehenden Kommiss, der in diesem Fache gelernt und gut empfohlen wird, zum sofortigen Eintritt.
C. F. Dollmaeth, Sohn, beim Marktplat.

Agentgefuch. 3.5.688. Für eine leistungsfähige **Rahmmaschinen-Fabrik** wird gegen hohe Provision ein tüchtiger Agent gesucht. Franco-Offerten u. v. Hrn. **Durkopp & Schmidt** in Bielefeld (Westphalen).

3.5.643. Heidelberg.
Arbeitergefuch.
Ein tüchtiger Metallarbeiter, besonders in Messingarbeit, findet bei gutem Salair dauernde Beschäftigung in der Fabrik von **Geidelberg**. **Karl Reib.**

Reisender-Gesuch.
3.5.709. Es wird gesucht ein tüchtiger, zuverlässiger Reisender, welcher besonders auch den Schwarzwaldbereich bereist und genügt wäre, den Verkauf von englischem Stahl und Stahlwerkzeugen, sowie auch einiger gewissem Arten Eisenwaaren probationsweise zu übernehmen. Derselbe sollte jedoch wenigstens etwas Sachkenntnis besitzen. Gest. Offerte unter N. R. befördert die Exped. der **Karlsruher Ztg.**

3.5.704. Karlsruhe.
Die Graviranstalt
von **W. Förderer**
empfiehlt sich im Fertigen von **Wappensteinen, Farneisen, Stempelsteinen, Gelddruck- und Reliefplatten**, geprägten Siegelsteinen in allen Formen und Farben, sowie allen andern in das Gravirgeschäft einschlagenden Arbeiten. Billige Preise bei scharfer Ausführung werden zugesichert.

Arabische Pferde
sind ein Transport in **Rehl** angekommen, fehlerfrei und fromm, gut geritten und als Wagenpferde zu gebrauchen, für wenige Tage im Preis von 350 fl. bis 500 fl. zu verkaufen im **Gasthof zur Blume** in Rehl. 3.5.700.

3.5.540. Laub.
Zu verkaufen
eine Mühle in sehr vortheilhafter Lage, mit drei Mahlgängen, einer Putzmaschine, Schwingmühle und Aufzug, einer Drechselmaschine nach dem neuesten System. Das Wohnhaus besteht im unteren Stod aus 3 Zimmern, Küche, Waschküche und zwei Kellern; im oberen Stod 4 Zimmern, worunter zwei große, einer Küche, Speicher u. s. w. Die Defonomiegebäude entsprechen dem Ganzen und befindet sich dabei eine besondere Wohnung, zwei Zimmer, ein Alkoff, Küche und Zugehör. Grundstücke dabei sind es ca. 750 Ruthen. Nähere Auskunft erteilt in Laub das **Kommissionsbureau Serbst Hupp.**

Zu verkaufen
ein guter, gebillter Keller mit 300 Dm weingrünen Lagerfässern. Derselbe liegt an der Hauptstraßenbahnstation vom Kaiserstuhl, und ist somit hauptsächlich für Weinbändler beachtenswert. Auch können ca. 50 Stück neue, starke, 4 Röhrlige Transportfässer abgegeben werden.
Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. 3.5.631.

Das Schloßchen bei Durlach
enthaltend 3 Wohnhäuser, 1 Defonomiegebäude, mit Gärten, Nebengebäuden, Ländereien u. d. m. in der schönsten Lage und mit der herrlichsten Aussicht, steht als Landgut oder als öffentlicher Erholungsort zu verkaufen. Zu letzterem ist zu bemerken, daß schon früher ein

Table with columns: Frankfurt, 13. Februar, Staatspapiere, Anleihen-Kaose, Wechsel-Kaose. It lists various financial instruments and their prices.

Real-Erbschaftsrecht auf demselben ausgeübt wurde, daß es noch auf demselben baftet, und daß es sich für diesen Zweck ganz besonders eignet. Das Nähere im großen Hauptsaal beim Gerichtsbüreau zu erfahren. 3.5.455.

3.5.679. Göttesau.
Pferdeversteigerung.
Montag den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden in diesseitigem Kasernehofe 4 verstellte gewesene Dienstpferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.
Göttesau, den 13. Februar 1868.
Berechnung des Großh. Feld-Artillerieregiments.
A. Claus, Regiments-Quartiermeister.

3.5.692. Nr. 11. Durlach.
Holzversteigerung.
Aus den hiesigen Stadtwaldungen in gegen baare Bezahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigert, Mittwoch den 26. Februar, im Distrikt Graudach (im Rittmet) zunächst dem Lamprechtshof; 1/2 Klfr. eigenes Scheitholz, 14 Klfr. alpenes Scheitholz und Brühlholz, 3 Klfr. eigenes Kiefernholz, 117/2 Klfr. Buchenholz, eigenes und tanneses Stodholz, 3150 gewöhnliche Wellen und 10 Loos Schlagraum.

Donnerstag den 27. Februar, ebenfalls: 115 Eichen, meist schone und starke Eichen, 60 bis 150 Kubfuß haltend, 7 Rothbuchen, 7 Hainbuchen, 6 Birken, 7 Kirchbäume, 3 Erlen, 2 Glycerföhren, 70 tanneses Schlagholz, 57 tannene Bau- und Nutzholzföhren, 1 eichener Wegestrog und 2 Klfr. eigenes Kiefernholz.

Freitag den 28. Februar, in der Hinterstadt bei Nr. 25 Kubfußholz, 50 Eichen von 20 bis 70 Kubfuß, 64 Birken, 8 Föhren, 2 Ahorn, 92 Erlen, 2 Föhren, 274 eichene, alpenische und hiesige Wagnereichen und Stangen, sodann 16 Klfr. 8 Fuß langes, alpenisches Kiefernholz.

Sonntag den 29. Februar, ebenfalls: 10/2 Klfr. gewöhnliches Stodholz, 17,900 gewöhnliche Wellen und 12 Loos Schlagraum.
Die Verhandlung beginnt jeweils Vormittags 9 Uhr an Ort und Stelle.
Durlach, den 12. Februar 1868.
Stadt-Bezirksamte.
K u e n z e r.

3.5.694. Nr. 126. Eitenheim. (Stammholz-Versteigerung.) In dem Distrikt IV. a Neuwald werden am Dienstag den 18. Febr. d. J. 120 Stämme Tannen-Baumholz von ungefähr 2000 Kubfuß nach dem Kubfuß auf dem Stod der Versteigerung ausgelegt.

Die Zusammenkunft ist früh 8 Uhr im Wabhaus zu Eitenheim, den 13. Februar 1868.
Großh. bad. Bezirksforstamt.
R i e d e r.

3.5.372. Nr. 3443. Forstheim. (Fahndung.) Bijouter Karl S a u g von Dillheim soll in einer dahier anhängigen Untersuchung als Zeuge benommen werden. Da sein gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird gebeten, auf den Karl S a u g zu finden und im Betretungsfalle über seinen derzeitigen Aufenthaltsort hierher Mitteilung zu machen.
Forstheim, den 11. Februar 1868.
Großh. bad. Amtsgericht.
B o e d e h.

3.5.362. Mannheim. (Aufforderung.) Valentin Schmidt von Schwiebsheim des Diebstahls von Geld zum Nachtheil des Anton W u n g von Rosenberg angeklagt und flüchtig. Derselbe wird aufgefordert, sich

innen 14 Tagen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis gegen ihn gefällt werden wird.
Mannheim, den 10. Februar 1868.
Großh. bad. Amtsgericht.
G r e t e r.